



Barbara A. Freier

„Recht, Gesetz und Freiheit“ postmodern

Von Hayeks Grundlagen
und der liberale Ansatz Ladeurs



PETER LANG

Inhaltsverzeichnis

Einführung	21
A F. A. v. Hayek's Theorie – Basis der Postmodernen Gesellschaft in der Moderne	25
I. Einordnung	25
1. Inhaltliche Einordnung	25
2. Zeitliche Einordnung	25
3. Stellenwert innerhalb der Untersuchung und Analyseaufbau	26
II. Grundlagen und Ausgangspunkte	27
1. Grundthesen und Definitionen	27
1.1. Zustand der Freiheit	27
1.2. Einige Grundprinzipien einer freien Gesellschaft	28
1.2.1. Individuelle Handlungsfreiheit bei unsicheren Rahmenbedingungen – Die Bedeutung von Erwartungen	28
1.2.2. Zusammenführung individueller Handlungen in der abstrakten Gesamtordnung	30
1.2.3. Einsatz des dezentralen Wissens zum Nutzen der Gesellschaft	31
1.2.4. Koordination des Marktes und konstitutionelles Unvermögen des Staates	32
1.2.5. Abgrenzung statthafter Handlungen durch Eigentum ...	33
1.3. Definition des Allgemeinwohls	35
1.4. Anstieg der staatlichen Leistungen mit zunehmendem Wohlstand, die Gefahr des Missbrauchs des Staatsapparats	36
1.5. Das Ideal der Gerechtigkeit	38
1.6. Recht und Moral	40

1.7.	Ursache echter Moralprobleme	41
1.8.	Irrtümliche utilitaristische Zweifel an Moral- und Regelnotwendigkeit	42
1.9.	Definition mehrdeutiger Begriffspaare	43
1.10.	Faktische und normative Regeln	45
1.11.	Gefährdung der Offenen Gesellschaftsordnung	46
1.12.	Austeilende Gerechtigkeit führt zur Planwirtschaft	48
1.13.	Konstitutionalismus und Demokratie	51
1.14.	„Demarchie“	53
1.15.	Keine weitere Option zur Alternative „Markt oder Zentralismus“ – kein „dritter Weg“	54
2.	Grundüberzeugungen	56
2.1.	Regeln als Grundlage von Gesellschaft und Ordnung	56
2.2.	Gesellschaft und Gemeinwohl	58
2.2.1.	Evolutionäre Entwicklung der Gesellschaft	58
2.2.2.	Friedliche Freiheit der Privatinteressen und das Gemeinwohl	59
2.2.3.	Regeln als Vielzweckinstrumente – die funktionale Bedingung des Gemeinwohls	60
2.2.4.	Die Zwecklosigkeit der Großen Gesellschaft und die Ordnung des Marktes	61
2.3.	Der überwiegend private Weg zum Gemeinwohl	63
2.3.1.	Erzeugung öffentlicher Güter	63
2.3.2.	Gemeinsinn ohne Staat: Ein unabhängiger Sektor	64
2.3.3.	Ermessensspielräume, aber systemfremdes Mindesteinkommen	65
2.3.4.	Konkurrierende Währungen	67
2.4.	Wettbewerb in der Marktwirtschaft zur Lösung des Knappheitsproblems	68
2.4.1.	Kriterium der Leistungsfähigkeit einer Wettbewerbspolitik	68
2.4.2.	Wettbewerb als Entdeckungsverfahren	69
2.4.3.	Leistungen des Wettbewerbs auf einem freien Markt ...	71
2.4.4.	Unvereinbarkeit von funktionierendem Markt und unbeschränkter Demokratie	72
2.5.	Einflüsse privater oder staatlicher Macht schaden dem Markt .	73
2.5.1.	„Effiziente“ Unternehmensgröße und wirtschaftliche Macht	73

2.5.2.	Generelles Wettbewerbsbeschränkungs- und Kartellverbot	76
2.5.3.	Ablehnung staatlicher Dienstleistungsmonopole	77
2.5.4.	Entzug staatlicher Geldmengenkontrolle	77
2.5.5.	Gruppenegoismen als Gefahr für die marktliche Ordnung	78
2.6.	Verteilung der Anpassungslasten per Willkür oder durch Marktvorgänge gemäß allgemeiner Gesetze	80
2.6.1.	Marktwirtschaft gestaltet Veränderung im Allgemeininteresse	80
2.6.2.	Ideal und Realität des demokratischen Ideals	83
2.6.3.	Konnex von Liberalismus, Spieltheorie, Markt und Gerechtigkeit	85
2.6.4.	Internationales Recht statt politischer Instanzen zur Erhaltung des Friedens und Förderung der Zusammenarbeit	87
3.	Beobachtungen	88
3.1.	Konfliktvermeidung bei zunehmender Gruppengröße	88
3.2.	Universalisierbarkeit und Langfristigkeit	89
3.3.	Wachsender Einfluss der Rationalisten	90
3.4.	Zunehmender Abstraktionsgrad des gemeinsamen Wissens bei wachsender Gesellschaft	91
3.5.	Vorsätzliche Ausrichtung gesellschaftlicher Prozesse auf bestimmte Ergebnisse	92
3.6.	Allmähliche Umwandlung der spontanen Gesellschaftsordnung	93
3.7.	Zunehmende Aktivität des Staates und die Verbändeherrschaft	95
3.8.	Umwandlung des Privatrechts in Öffentliches Recht	98
3.9.	Von der negativen zu einer positiven Gerechtigkeitsvision	99
3.10.	Die Schwäche der gegenwärtigen Form der Demokratie	100
3.10.1.	Unbeschränkte gewählte Vertretungskörperschaften ...	100
3.10.2.	Nicht-ideale parteipolitische Determinierung	101
3.10.3.	Budgetvolumen und -verfügung aus einer Hand	102
3.10.4.	Gewaltvermengung	102
3.10.5.	Sprachverfall, Irrtümer, Ausführungsfehler	104
3.11.	Zentralisierung als Folge unbeschränkter Demokratie	106

III. Argumentationslinie	107
1. Das Recht und die Herrschaft des Gesetzes	107
1.1. Entwicklung des Rechts	107
1.2. Aufgabe des Richters und richterliche Rechtsschöpfung	109
1.3. Die Herrschaft des Gesetzes	114
1.3.1. Definition	114
1.3.2. Materielle Gesetze	115
1.3.3. Gewissheit des Rechts	115
1.3.4. Allgemeinheit und Gleichheit	116
1.3.5. Gewaltenteilung	117
1.3.6. Grenzen des administrativen Ermessens	118
1.3.7. Gesetzgebung und Politik	118
1.3.8. Verfassungsgesicherte Grundrechte und bürgerliche Freiheiten	118
1.3.9. Eingriffsbedingungen	119
1.3.10. Verfahrensrechtliche Sicherungen	119
1.4. Zweiteilung des Rechts: Nomos und Thesis	120
1.4.1. Nomos: Das Recht der Freiheit	120
1.4.2. Thesis: Das Recht der Verwaltung	122
1.4.3. Folgen der Vermischung von Privatrecht und Öffentlichem Recht	123
1.5. Einordnung des Verfassungsrechts	125
1.6. Sozial-Gesetzgebung	126
1.7. Willkürliche Herrschaft versus Herrschaft des Gesetzes	127
2. Verhaltensregeln als Stützen der Ordnung	129
2.1. Entstehung und Veränderung der Gesellschaftsordnung	129
2.1.1. Von der kleinen Gruppe zur großen offenen Gesellschaft	129
2.1.2. Problematik öffentlicher Güter und ihrer Finanzierung ..	130
2.1.3. Funktion des Rechts und Funktion der Ordnung für die Grundbedürfnisse der Gesellschaftsmitglieder	131
2.1.4. Prekäre Voraussetzungen des Wohlstands in einer Offenen Gesellschaft	132
2.1.5. Dezentrale Koordination der Gesellschaft	134
2.1.5.1. Kennzeichen im Vergleich zur zentralen Koordination	134

2.1.5.2.	Handlungsbedingungen und die Aufgabe des Staates in der dezentralen Ordnung	135
2.2.	Abstrakte Regeln als Leitplanken der Offenen Gesellschaft	137
2.2.1.	Das evolutionäre Entstehen der Verhaltensregeln	137
2.2.2.	Die Funktion der Verhaltensregeln	138
2.2.3.	Erwartungsbildung und Regeln	140
2.2.4.	Richtiges moralisches Verhalten	141
2.2.5.	Die Bedeutung der Abstraktheit und Negativität als Eigenschaft von Verhaltensregeln	142
2.2.6.	Negativer Test der Regelgerechtigkeit	144
2.2.7.	Die Bedeutung des negativen Charakters des Ungerechtigkeits tests	145
2.3.	Handelsordnung und Verhaltensregeln	147
3.	Kritik des Rechtspositivismus	149
3.1.	Vorsätzliche Erzeugung von Recht	149
3.2.	Uminterpretation von Begriffen zu Legitimationszwecken	152
3.3.	Moral ohne Anspruch auf Recht	153
3.4.	Recht – statt Bedingung individueller Freiheit – ideologische Stütze unbeschränkter Macht	153
3.5.	„Naturrecht“ als Blendfassade für Ignoranz der Rechtsfunktion	155
3.6.	Unbeschränkte gesetzgeberische Souveränität	155
4.	Illusion und Suggestion „sozialer Gerechtigkeit“	156
4.1.	Personifizierung selbstordnender Prozesse	156
4.2.	Inhaltslosigkeit des Begriffs	157
4.3.	„Gerechte“ Marktpreise und Marktlöhne– Quadratur des Kreises	159
4.4.	Sozialistische Vision der Gesellschaftsordnung	161
4.5.	Die Diskussion um den „Wert für die Gesellschaft“	163
4.6.	Staatliche Maßnahmen zur austeilenden Gerechtigkeit	164
4.7.	Die Forderung nach Gleichheit der materiellen Positionen	165
4.8.	Die Forderung nach Chancengleichheit	166
4.9.	Unvereinbarkeit von Freiheit und der Vorstellung von „Sozialer“ Gerechtigkeit im Sinne der „austeilenden“ Gerechtigkeit	167

4.10.	Moralische Empfindungen und rechtliche Verpflichtung in der Offenen Gesellschaft	169
4.11.	Mangelnder Anspruchs- und Verteilungsmaßstab und Entlohnung in Abhängigkeit von der Empfängerbewertung	171
4.12.	Kontinuitätserwartung althergebrachter Positionen	172
4.13.	Intellektuelle Fragwürdigkeit des Begriffs	174
5.	Die Ordnung des Marktes	176
5.1.	Der Vorteil der Katallaxie	176
5.2.	Interdependenz der Marktbeziehungsnetzwerke	177
5.3.	Gemeinwohl der offenen Gesellschaft als abstrakte Ordnung	179
5.4.	Abstrakte Ordnung durch das Katallaxie-Spiel	180
5.5.	Zusammenhang zwischen moralischer Freiheit und Unsicherheit	181
5.6.	Ordnungserhalt und Chancenverbesserung durch abstrakte Regeln und gezielte Machtbegrenzung des Staates	182
5.7.	Die Ungerechtigkeit spezifischer Eingriffe	184
5.8.	Soziale Gerechtigkeit der marktlichen Ergebnisse	186
6.	Organisation als überwiegende Lebensform	187
6.1.	Die Wirkung einer zunehmenden organisationalen Lebensform	187
6.2.	Die moralisch begründete Zerstörung der Großen Gesellschaft	188
6.3.	Die Spannung zwischen emotionaler Verantwortung und abstrakter Disziplin	191
7.	Das Ethos der offenen Gesellschaft	192
7.1.	Die Moral der Marktordnung unterscheidet sich von der Moral einer Einzelwirtschaft	192
7.2.	Gründe der Ablehnung	193
7.3.	Abstrakte Ordnung: regel-, nicht instinktgeleitete Koordination	194
7.4.	Gesetzlich geregelte private Vereinigungen zu öffentlichen Zwecken	195

8. Form und Norm der modernen Demokratie	196
8.1. Regierungskontrolle und Gesetzgebung	196
8.2. Das Paradox in der repräsentativen Demokratie	197
8.3. Nicht legitime, vorgeblich demokratische Entscheidung	198
8.4. Potentiell nicht intendierte Änderung des Staatsverständnisses	199
8.5. Korruptierbarkeit gewählter und unbeschränkt mächtiger Vertretungskörperschaften	201
8.6. Defensiv entstandener para-staatlicher Apparat von Parteien und Lobbygruppen – eine „Schacher“-Demokratie	202
8.7. Gefährdung der individuellen Freiheit	204
8.8. Allgemeine Grundsätze und Einzelinteresse im Konfliktfall ...	205
8.9. Gewaltenteilung in der politischen Praxis	205
8.9.1. Unterscheidung von Regierungs- und Gesetzgebungstätigkeit	205
8.9.2. Substitutive ‚echte‘ Gesetzgebung durch die Bürokratie	210
8.9.3. Gewaltentrennung zur Verhinderung unbeschränkter Staatstätigkeit	211
8.10. Substitutive staatliche nicht hoheitliche Kollektivgüterproduktion	211
8.11. Staatliche Monopole oder Quasi-Monopole	214
8.12. Zertifizierung, Enteignung, Schutz der Privatsphäre	214
8.13. Ungleichbehandlung führt zu „legalisierter Korruption“	215
8.14. Das spontane Netz der Gesellschaft und die Rolle des Staates	216
IV. Schlussfolgerungen und Erkenntnisse im Ergebnis	218
1. Staatsbezogene Feststellungen	218
1.1. Aufgabe des Staates	218
1.2. Staatliche Ziele rechtfertigen nicht die universalen Mittel	219
1.3. Legitimität und limitierte Souveränität des Staates verhindert die Nötigung demokratischer Institutionen mit unumschränkter Macht	220
1.4. Beschränkung staatlicher Macht und Bedingungen der Ausübung von Vollzugsgewalt	222

1.5.	Dreistufige Gewaltenteilung demokratischer Vertretungsorgane	223
1.6.	Rationale Begrenzung des Umfanges der öffentlichen Ausgaben	224
2.	Gesellschaftsbezogene Einsichten	226
2.1.	Bewahren der kollektiven Erinnerung und das Gemeinsame der Großen Gesellschaft	226
2.2.	Unmöglichkeit des Neuentwurfs einer funktionsfähigen Ordnung	227
2.3.	Wahrscheinliche Bedingung für Frieden, die bedingte Anwendung von Toleranz und die drei negativen Grundsäulen der Zivilisation	229
2.4.	Mangelhaftes Demokratieverständnis gefährdet die Gesellschaft freier Menschen	231
3.	Rechtsbezogene Fazits	232
3.1.	Veränderungen von Verhaltensregeln ausschließlich innerhalb ihres Systems	232
3.2.	Beschränkung allen Zwangs besonders in Verwaltungsgesetzgebung und Verwaltungsorganen auf Regeln gerechten Verhaltens	234
3.3.	Erfordernis eines brauchbaren Moralsystems und das Gerechtigkeitsproblem der Gesellschaft freier Menschen	237
3.4.	Gefährliche Folgen beim Übergang von negativer zu positiver Vorstellung von Gerechtigkeit	238
3.5.	Aufgabe von Gesetzgebung und Verfassung	241
3.6.	Modellierung einer idealen Verfassung	243
3.6.1.	Modellnotwendigkeit und die Grundprinzipien der Verfassung	243
3.6.2.	Unterschiedliche Funktion zweier Vertretungskörperschaften	246
3.6.3.	Die Bildung der Altersgruppen-Vertretung und die Regierende Versammlung	249
3.6.4.	Das Verfassungsgericht	251
3.6.5.	Fünfstufiges Ordnungsgefüge, Notstandsbefugnisse und die Aufteilung der Finanzhoheit	252

B K.H. Ladeurs Theorie – Charakteristika der Postmodernen Gesellschaft	257
I. Ansatz	257
II. Apologie	261
III. Argumentationslinie	264
1. Liberale Gesellschaftstheorie in der Postmoderne	264
2. Zum Postulat „Soziale Gerechtigkeit“	270
3. Privatrechtsgesellschaft und experimentelle Ordnung	272
4. Verknüpfung statt Vorrang zwischen impliziter und expliziter Rationalität	275
5. Verfassungsdesign, Persönlichkeitsbildung und das Gesetz als „Schranke“	277
6. Strukturbildung durch Konventionen und relationale Rationalität	281
7. Negative Freiheitsrechte contra explizite Deliberation und Diskurse	282
8. Ethik der Regeln und moralisches Handeln unter Unbestimmtheit ...	287
9. Aufgabe des Staates	293
9.1. Abstützen der Selbstorganisation von Regeln	293
9.2. Sekundäre Modellierung der Ordnung	293
9.3. Erhalt und Entwicklung des Sozialkapitals	295
9.4. Abstrakt formulierte Schulpolitik und „Bildungs-Versicherung“	296
IV. Veränderung von Staat und Gesellschaft in der Postmoderne	297
1. Interessengebundene Umstellung der Institutionen	297

2. „Grundrechte vor Demokratie“ als Prinzip	297
3. Zunehmende Einzelfallorientierung der Verfassungsgerichte	298
4. Änderung der Grundrechtsdogmatik	299
5. Das Individuum der postmodernen Gesellschaft	301
6. Änderung des Selbstbilds der Gesellschaft: das „re-entry“ der „nicht-individuellen Ordnung“	303
7. Zivilgesellschaft als Parallelgesellschaft	304
8. Demokratische Herrschaft und indirekte kollektive Ordnungsbildung	306
C F.A. v. Hayek und K.H. Ladeur im Theorie-Vergleich	307
I. Modus Operandi	307
II. Kompatibilitätsprüfung essentieller Aussagen	308
1. Paradigmenkongruenz	308
1.1. Staatstheorie	308
1.1.1. Freiheit, Allgemeinwohl und abstrakte Gesamtordnung	308
1.1.2. Dynamische Ordnung und Institutionenwandel	309
1.1.3. Zusammenhang von Recht, Gesetz und Freiheit	310
1.1.4. Die Aufgaben des Staates	311
1.1.5. <i>Volonté Générale</i> : Die Wiedereinführung der anti-individuellen Gemeinschaft durch den Staat? ..	312
1.1.6. Orientierungsvermittlung und Transaktionskostensenkung in der dynamischen Ordnung als bewusste staatliche Entscheidung	313
1.1.7. Wechselwirkung der Rechts- und Handlungsordnung mit dem Staat	314
1.2. Gesellschaftstheorie	316

1.2.1.	Evolutorische Entwicklung der Gesellschaft im Spiegel der Beobachtung	316
1.2.2.	Individuum und Gesellschaft: Methodologischer Individualismus	317
1.2.3.	Privatrechtsgesellschaft auf Basis frühmoderner Erkenntnisse	321
1.2.4.	Selbstgenerierende spontane Ordnungsbildung	322
1.2.5.	Anpassungsfähigkeit und Zukunftsstabilisierung aufgrund individueller Verschiedenheiten	323
1.2.6.	Gerechtigkeit als Leitvorstellung	324
1.2.7.	Koordination multipler Wirtschaftsbeziehungen und Kreation von Neuem: das Netzwerk der Katallaxie	326
1.2.8.	Grundrechte und Demokratie im Spannungsverhältnis	328
1.3.	Rechtstheorie	329
1.3.1.	Evolutionäre Entstehung des Rechts im dynamischen Umfeld	329
1.3.2.	Ordnungsleistung abstrakter, negativer Regeln	330
1.3.3.	Selbstorganisation von Regeln im Privatrecht und dessen Verhältnis zum Öffentlichen Recht	331
1.3.4.	Aufgabe der Grundrechte und der Verfassung	333
1.3.5.	Schutz von Grundrechten als Eingriffsabwehrrechte	333
1.3.6.	Prinzip des „Vorrangs der Verfassung vor der demokratischen Entscheidung“	335
1.3.7.	Die liberale Kernaussage der Verfassung	336
1.3.8.	Bewertung der Rawls'schen Konzeption	336
2.	Der Weg in die postmoderne Krise	338
2.1.	Kritische Veränderung von der Moderne zur Postmoderne: Krisenprognose (v.Hayek) – Krisendiagnose (Ladeur)	338
2.1.1.	Ablösung der formalen Rationalität in der kollektiven Ordnung durch eine neue Logik der Wissensgenerierung in privaten Netzwerken	338
2.1.2.	Wandel des Gesellschaftsbilds	339
2.1.3.	Sekundäre Modellierung, neues kollektives Wissen und die zusätzliche staatliche Steuerungsebene	341
2.1.4.	Durchdringung des Privatrechts mit den subordinativen Zügen des öffentlichen Rechts	342

2.1.5.	Negative Freiheitsrechte werden zu positiven Schutzrechten	344
2.1.6.	Geändertes Bild und Selbstverständnis des Individuums	346
2.1.7.	„Abwägung“ anstelle von Schutz variabler Ordnungsmustererzeugung und Präzisierung von Grenzbegriffen	347
2.1.8.	Verkürzung des Gerechtigkeitsbegriffs auf die Forderung materieller Gleichheit	349
2.1.9.	Mangelhafter Zustand der Gewaltenteilung	350
2.1.10.	Destruktives Potential der „Selbstbedienungstendenz“ der Lobbygruppen und des entgrenzten Staats	351
2.2.	Analyse der Krisenursachen	353
2.2.1.	Vernachlässigung der impliziten Rationalität	353
2.2.2.	Die Verfassung: explizit konstruierter oder empiriebasierter Entwurf?	355
2.2.3.	Fehler beim strukturellen Umsetzen der repräsentativen Funktionen in demokratische Institutionen	357
2.2.4.	Von einer negativen Gerechtigkeitsvorstellung zu determinierten „Gerechtigkeitszielen“	360
2.2.5.	Das „Abwägungsmodell“	362
2.2.5.1.	Entwertung der Grundrechte durch Abwägung	362
2.2.5.2.	Institution Privateigentum und Utopie der gleichen Distribution	362
2.2.5.3.	Die Illusion gerechter Lösungen direkter staatlicher Durchgriffe	363
2.2.5.4.	Illegitimität und Unmöglichkeit direkter staatlicher Gerechtigkeit	364
2.2.5.5.	Religion als Gegengewicht zur Abstraktionsleistung des Rechts	365
2.2.5.6.	Vernachlässigung der staatlichen Mediatorenrolle bei der gesellschaftlichen Selbstorganisation	367
2.2.5.7.	Korrelation negativer Freiheitsrechte mit Netzwerkoffenheit und deren Durchlöcherung durch den prozeduralen Filter positiver Rechte	358

2.2.5.8.	Fehlende Kollisionsnormen zur Vereinbarkeit der Gerechtigkeitsvorstellung mit den realen Bedingungen	369
2.2.5.9.	Hohe Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen befördert praxisignorierende staatliche Perspektiven und vergrößert progressiv nicht evaluierte staatliche Gestaltungsspielräume	370
2.2.5.10.	Invisibilisierung des Risikos des Abwirtschaftens wie des Rechtsstaats- und Freiheitsrechteverlusts und Verhindern von Reformen durch das neue „abwägende Denken“	372
2.2.5.11.	Anti-individualistische Ausrichtung des Rechts durch Fehlen einer institutionellen Grenze aufgrund mangelnder sozialer Epistemologie	373
2.2.6.	„Verteilungsgerechtigkeit“ führt nicht zu Gleichheit, kostet aber Freiheit	374
2.2.7.	Änderung der Grundrechtsdogmatik	375
2.2.8.	Differierende Auffassung von Vernunft und Abstraktion	376
2.2.9.	Erfordernis einer institutionellen Erneuerung und einer veränderten individuellen Grundhaltung	377
2.2.10.	Geisteshaltungen als Ursache künftiger gesellschaftlicher Entwicklungen	382
3.	Auswege aus der Krise	384
3.1.	Risikomanagement anstelle von Sozialgestaltung	384
3.2.	Selbstgenerierte und explizite Regelermittlung erfordert Praxiserprobung	384
3.3.	Kollisionsregeln und Risikobewusstsein	385
3.4.	Erhalten der Barrieren gegen Selbstblockierung	385
3.5.	Abstützen der Innovations- und Wissensgenerierung über ein Prozeduralisierungskonzept gemäß normativer Meta-Regeln der Selbstorganisation	386
3.6.	Harmonisierung privater und öffentlicher Entscheidungsarchitektur	388
3.7.	Absicherung struktureller Kopplungen über Grundrechte	389

3.8. Funktionsbedingung und Existenzbedingung der Ordnung	389
3.9. Entwicklungsbedingung einer offenen Gesellschaft	392
3.10. Bindung des Staates durch dauernde und universale Gesetze ..	393
3.11. Der Nachrang des Staatlichen als Garantie für den Ordnungserhalt	394
III. Signifikante Vergleichsergebnisse	395
IV. Abschliessende Erkenntnisse und anschliessende Überlegungen	401
1. Notwendigkeit der Formulierung des Ziels und der zur Zielerreichung erforderlichen Werte und Bedingungen	401
1.1. Das Ziel der gesellschaftliche Rahmenordnung	401
1.2. Das dynamische Gesellschaftsverständnis und seine Bedingungen	402
1.3. Funktionale Bedingung der Machtlegitimierung und Machtbegrenzung	405
1.4. Funktionale Bedingung einer lernfähigen ,beschränkten Rationalität‘	407
1.5. Funktionale Bedingung der Institution des „negativen Freiheitsrechts“	409
1.6. Funktionale Bedingung der Berücksichtigung der Eigenrationalität der rechtlichen Teilsysteme	409
2. Ausblick auf die Entwicklung einer supranationalen Ordnung	413
3. Überlegung zur Ursache und Auflösung des postmodernen Paradigmenkonflikts	416
V. Resümee	423
Literaturverzeichnis	429